

## Meinungen

Kommentar

### Für die Vögele-Angestellten hat sich ihre Treue nicht gelohnt

Nicht alle Angestellten bilden sich selber weiter. Manche brauchen Unterstützung dabei.

Treue gilt als edle Eigenschaft. Doch das kann trügen – zumindest im Berufsleben. Da hilft Anhänglichkeit oft wenig.

Dies zeigt sich bei der Vögele-Pleite. Fast 1200 Menschen haben deswegen ihren Job verloren, viele von ihnen arbeiteten jahrzehntelang für Vögele. Sie fühlten sich dem Kleidergeschäft verbunden, waren stolz auf ihren Arbeitsplatz.

Nicht alle Firmen erwidern solche Zuneigung. Als es Vögele schlecht ging, verkaufte das Familienunternehmen all seine Schweizer Läden an den italienischen Anbieter OVS. Die Marke Vögele verschwand, einfach so. Die meisten Vögele-Angestellten blieben trotzdem in «ihrer» Filiale, setzten sich ein für die neuen Besitzer, auch wenn diese das Angebot komplett neu ausrichteten. Belohnt wurden sie nicht dafür.



Beat Metzler  
Redaktor Hintergrund

Selber schuld, könnte man sagen.

Die Vorstellung vom gleichbleibenden Arbeitsplatz bis zur Pensionierung stamme aus dem 20. Jahrhundert. Heute zählten Wendigkeit und lebenslanges Lernen. Auch der Verband der Detailhändler setzt bei Bewerbern eine «Bereitschaft zur stetigen Weiterbildung» voraus.

Das Problem: Nicht allen Menschen fällt Weiterbildung leicht. Wer 100 Prozent arbeitet, oft in den Abend hinein, wer dabei 4500 Franken verdient und eine Familie hat, dem fehlen Zeit und Geld, um Kurse zu besuchen. Ausserdem haben nicht alle Menschen gute Erinnerungen an ihre Schulzeit. Das hemmt die «Bereitschaft zur stetigen Weiterbildung».

Für Unternehmen zahlt sich Treue aus. Langjährige Mitarbeiter wissen, wie die Dinge laufen. Als Gegenleistung sollten Firmen diese bei der Weiterbildung unterstützen – vor allem jene, denen von sich aus die Mittel dafür fehlen. Manche Firmen haben solche Programme, bei Vögele passierte offenbar wenig.

Jetzt stehen die treuen Vögele-Mitarbeiter auf der Strasse. Mit einem alten Lehrabschluss. In einer kriselnden Branche.

### Gefährliche Sumpfblassen

Raubjournale verbreiten massenhaft wertlose oder interessengeleitete Publikationen.

Jahrzehntelang wachten ehrwürdige Fachjournale über das Weltwissen. Eine Publikation in Traditionsblättern wie «Science» oder «Nature» gilt noch heute als Ritterschlag für Forscher. Doch mittlerweile kommen fast täglich neue, auch digitale Fachzeitschriften auf den Markt. Der Ausstoss wissenschaftlicher Veröffentlichungen steigt exponentiell. Und man muss sagen: leider auch der Ausstoss von wissenschaftlich klingendem Unsinn.

Recherchen der «Süddeutschen Zeitung» mit mehreren Fernsehsendern zeigen nun, dass sogenannte Raubverlage massenhaft wertlose oder interessengeleitete Publikationen in die Welt setzen. Unter seriösen Wissenschaftlern stossen diese Journale zu Recht auf Verachtung. Doch ist das Publikationswesen derart unübersichtlich geworden, dass auch seriöse Forscher den oft geschickt gemachten Raubjournalen auf den Leim gehen. Das beschädigt die Wahrnehmung von Wissenschaft in der Öffentlichkeit.

Wie konnte es dazu kommen? Ein Grund ist, dass traditionelle Wissenschaftsverlage ihr komfortables Geschäftsmodell überreizt haben. Sie

garantieren zwar weitgehend wasser-dichte Begutachtungsverfahren, doch leben sie davon, dass mit Steuermitteln bezahlte Wissenschaftler Inhalte liefern, die dann mit Steuermitteln finanzierte Universitäts- und Institutsbibliotheken kaufen müssen. So kassieren klassische Wissenschaftsverlage doppelt, während die Wissenschaft die Arbeit macht und bezahlt.

Die Naivität mancher Wissenschaftler auszunutzen, aber auch den Druck, möglichst viel zu publizieren, machen sich Raubverleger breit, oft mit seriös wirkenden Internetseiten und wohlklingenden Titeln. Haufenweise Pseudowissenschaft wirkt plötzlich ebenbürtig. Von der Inflation an Veröffentlichungen profitieren derzeit alle Verlage, seriöse wie auch räuberische.

Abhilfe schaffen würde eine Art digitales Gütesiegel für Qualitätsjournale, ähnlich wie es im Internet seriöse Onlineshops kenntlich macht. Über die Vergabe eines solchen Siegels könnten die Wissenschaftsakademien der Welt wachen.

Patrick Illinger  
Redaktor Wissen

## Diese Reinwaschung der P 26 geht zu weit

Der Historiker Titus Meier will das Bild der Geheimtruppe korrigieren. Das gelingt nur dort, wo die Kritik seinerzeit überzeichnet war.

Sein Ziel ist hehr. Der Aargauer Historiker Titus Meier hat in siebenjähriger Forschungsarbeit zur P 26 alle zugänglichen Dokumente ausgegraben und mit über hundert Mitgliedern der Geheimtruppe aus dem Kalten Krieg gesprochen. Das hat zu einer ganz anderen Sicht auf die damalige Geheimtruppe geführt, als sie die parlamentarische Untersuchungskommission PUK EMD 1990 hatte.

Das Ergebnis wird den pensionierten Staatsschützern guttun. Noch immer leiden viele von ihnen unter dem Image der P 26. Was haben sie sich nicht alles anhängen lassen müssen: Putschisten, Geheimkrieger, Antidemokraten. Einzelne wagen bis heute noch nicht einmal, ihren Lebenspartnern und engsten Freunden zu sagen, dass sie einst in der Grauzone der Legalität mit dabei waren.

Da kommt das Buch des Historikers Meier, nebenbei Major im Generalstab und FDP-Politiker, zur rechten Zeit. Seine Arbeit hat auch eine durchaus nützliche Seite. Nur wer das Zeitgeschehen von allen Seiten beleuchtet, wird die feinen Konturen erkennen. Viele der damals Beteiligten werden sich nun zum ersten Mal verstanden fühlen. Des Historikers Verständnis geht so weit, dass er sich selber für die Geheimtruppe hätte rekrutieren lassen, wenn er damals alt genug gewesen und angefragt worden wäre.

Meiers Buch korrigiert das bisher gängige Bild der P 26: Die knapp 400 dafür rekrutierten Zivilisten waren laut ihm weder Geheimarmee noch Umstürzler oder gar Verräter. Das macht ihre geplante Tätigkeit im Untergrund, die jederzeit wieder Modell werden könnte, freilich nicht ungefährlich: Denn die P 26 war jeder demokratischen Kontrolle entzogen. Lückenlos informiert über



Blick in eine verworrene Vergangenheit: Bunkeranlage der P 26 in Gstaad. Foto: Keystone

die Geheimorganisation war einzig der Generalstabschef, lückenhaft der Bundesrat, andeutungsweise einzelne Parlamentarier, überhaupt nicht die Öffentlichkeit. Damit hätte diese Widerstandstruppe im Ernstfall keinerlei Abschreckung auf einen potenziellen Besetzer ausgeübt – obwohl gerade das eines ihrer Ziele war.

Und vor allem: Die Hauptkritik der PUK, wonach eine Gesetzesgrundlage für diese Geheimtruppe fehlte und ihre Finanzausgaben getarnt waren, kann Titus Meier nicht entkräften. Er vertritt den Standpunkt, dass dies nach damaliger Rechtsauffassung nicht nötig gewesen sei und das Parlament zu wenig genau hingeschaut habe. Das Argument, wonach diese bürgerliche Geheimtruppe im Konfliktfall auch gegen die linke Opposition im eigenen Land tätig geworden wäre, ist für ihn eine unglaubwürdige Verschwörungstheorie. Stattdessen glaubt er den Beteuerun-

gen der damaligen P-26-Verantwortlichen. Schön, wenn er recht hätte. Aber ganz folgen mag man ihm nicht. Denn im Kalten Krieg wurde der äussere mit dem inneren Feind gleichgesetzt.

Insgesamt zeichnet Meier ein gar zu idyllisches Bild der P 26: einer Freiwilligentruppe engagierter Staatsbürger, einzig dazu da, die Unabhängigkeit der Schweiz unter Extrembedingungen zu schützen, alles streng an der Verfassung orientiert. Zu schön, um wahr zu sein. Aber nützlich genug, um das Bild abzurunden, das die PUK am Ende des Kalten Krieges gezeichnet hat und das in der Aufregung jener Tage die P 26 in einzelnen Köpfen womöglich zu gross machte. So gross wie ähnliche Organisationen in einigen Nato-Ländern, die mit illegalen Aktionen tatsächlich den Rechtsstaat aushebelten.

Res Strehle  
Autor

### Pakistans nützliche Jihadisten

Die bevorstehenden Wahlen könnten eine Terrororganisation näher an Atomwaffen heranführen.

Am kommenden Mittwoch finden in Pakistan Parlamentswahlen statt. Sie sind überschattet von der Sorge, dass Jihadisten mehr politischen Einfluss gewinnen könnten. Sogar ihr Zugang zum pakistanischen Atomwaffenarsenal ist möglich. Offenbar knüpft das pakistanische Militär, das die wichtigsten politischen Fäden im Land in der Hand hält, Kontakte zu radikalen Islamisten. Deren prominentester Vertreter ist die Gruppe Lashkar-e-Taiba (LeT).

Am 26. November 2008 gelangten zehn Mitglieder der LeT über den Seeweg von Karachi ins indische Mumbai und töteten dort 140 Einheimische und 25 ausländische Touristen. Die damalige Regierung Pakistans stritt jegliche Beteiligung pakistanischer Staatsbürger an dem Anschlag ab. Einer der LeT-Terroristen war jedoch festgenommen und von amerikanischen Ermittlern verhört worden. Er bestätigte, dass der Anschlag auf das Konto von Lashkar-e-Taiba ging. Die Terroristen hätten hierfür logistische Unterstützung und Ausbildung durch Angehörige des pakistanischen

Militärs erhalten und seien bei dem Angriff direkt aus einer Kommandostelle in Karachi geführt worden. Eine polizeiliche Untersuchung des Anschlags, die Pakistan auf internationalen Druck hin eingeleitet hatte, bestätigte die Beteiligung der LeT.

Der von der Armee dominierte Staat im Staate in Pakistan hat in den vergangenen Jahren aber immer wieder rechtliche Schritte gegen die LeT verhindert. Die Jihadistenorganisation gilt als Machtinstrument gegenüber Indien und Afghanistan. Die pakistanische Armee und auch die Nachrichtendienste decken die LeT mutmasslich deshalb, weil die Gruppe ihre Aktivitäten gegen «legitime» ausländische Ziele richtet.

Pakistanische Justizbeamte, welche die LeT strafrechtlich verfolgen wollten, wurden ermordet oder versetzt. Die LeT verfügt in ganz Pakistan über ein Ausbildungsnetzwerk, Unternehmen, Wohltätigkeitsorganisationen und Medienkanäle. Sie hat ein eigenes Paralleluniversum fanatischer Unterstützer aufgebaut. Der Führer der LeT,

Hafiz Said, plädiert gar dafür, den Islamisten die Kontrolle über die pakistanischen Atomwaffen zu überlassen. Noch steht das Kernwaffenarsenal zwar unter Kontrolle des Militärs. Doch versucht die LeT, ihren politischen Einfluss auszuweiten. Bei den anstehenden Parlamentswahlen wurde die LeT zwar nicht als Partei zugelassen, doch plant sie, mehr als 200 Kandidaten über eine Vereinbarung mit einer obskuren islamistischen Partei im Parlament zu platzieren. Daher ist es durchaus möglich, dass aus Saids Wunsch Wirklichkeit wird.

US-Nachrichtendienste liessen unlängst Bedenken zu möglichen Kontakten zwischen jihadistischen Gruppen und pakistanischen Atomwissenschaftlern laut werden – Kontakte, auf welche die LeT ausserordentlichen Wert legt. Damit könnte die Angst vor iranischen Atomwaffen schon bald in den Hintergrund treten gegenüber einem weitaus schlimmeren Szenario, das sich am Horizont zusammenbraut.

Prem Mahadevan  
Center for Security Studies der ETH Zürich